



STANDPUNKT

Mit Sicherheit besser planen

focus 6/20
Oktober



Dr. Anke Schröder

Wissenschaftliche Leiterin
des Kompetenzzentrums
Urbane Sicherheit, Landes-
kriminalamt Niedersachsen

Die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Planung und Gestaltung neuer und bestehender Quartiere gewinnt immer mehr an Bedeutung. Dies wird anhand der Verletzlichkeit öffentlicher Räume durch Überfahrtaten (aufgrund von Amok oder Terror) besonders deutlich. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit solcher Taten gering ist, beeinflussen sie das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger negativ und treten medial stark in Erscheinung. Ein Grund hierfür ist das hohe Ausmass an Schutzlosigkeit der betroffenen Personen. Für diese Extremszenarien stehen zahlreiche Schutzkonzepte und technische Sicherheitslösungen zur Verfügung. Auch für den Bereich der Wohnungseinbrüche lassen sich vielfältige Beratungsangebote und Förderprogramme finden. In Deutschland sind dies beispielsweise das auf Initiative der Polizei gegründete Netzwerk «Zu Hause sicher» und der «Zuschuss für besseren Einbruchschutz» der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW, einer öffentlich-rechtlichen Förderbank.

Geht es aber um die Verletzlichkeit und Verunsicherung von Menschen durch so genannte «Alltagskriminalität» im öffentlichen Raum, ist eine systematische Umsetzungsstrategie noch nicht in Sicht. Das kann daran

liegen, dass gebauter Raum auf Langlebigkeit ausgerichtet ist, während sich gesellschaftliche Anforderungen dynamisch verändern. Im Normalfall stehen nach Abschluss von Bauprojekten keine Mittel zur Verfügung, um Pflege, Instandhaltungen oder gar bauliche Anpassungen an neue Nutzungsanforderungen vornehmen zu können. Ausserdem fehlt es bislang insgesamt an systematischen Konzepten zur Berücksichtigung kriminalpräventiver Aspekte, um Angsträume zu verhindern.

Dabei ist das Thema bereits breit erforscht. Der Zusammenhang zwischen dem Sicherheitsempfinden von Menschen und der Qualität des Wohnumfeldes ist erwiesen. Zudem sind zahlreiche Kriterien bekannt, die dazu beitragen können, Tatgelegenheiten zu verhindern und die Nutzungsqualität öffentlicher Räume zu erhöhen. Nur fliessen diese nicht automatisch in die unterschiedlichen Planungsebenen ein und werden auch nicht in den Ausbildungsgängen vermittelt. Das Bauwesen hat bereits zahlreiche Anforderungen zu erfüllen: Brandschutzbedingungen, Barrierefreiheit, Umweltverträglichkeitsprüfungen – um nur einige zu nennen. Die zukünftige Frage ist daher, wie es gelingen kann, das Thema objektive und subjektive Sicherheit als freiwilliges aber wesentliches Planungsziel zu etablieren, ohne weitere einengende Vorgaben aufzustellen.

Anke Schröder

Liebe Leserin, lieber Leser

Sichere Städte sind lebenswerte Städte. Deshalb stellt Sicherheit bereits bei der städtebaulichen Planung und bei der Gestaltung bestehender Quartiere ein wichtiges Kriterium dar. Trotzdem bleibt der systematische Einbezug von Sicherheitsaspekten in die städtebauliche Planung eine Herausforderung. Denn letztlich wird Raum langfristig geplant, während sich die gesellschaftlichen Anforderungen ändern.

Für städtebauliche Kriminalprävention ist es jedoch nie zu spät: Bäume richtig beschneiden, ein adäquates Beleuchtungskonzept, die richtige Wahl von Mobiliar sind Bestandteile dieses umfassenden Konzepts, das sich in der Schweiz noch nicht wie etwa in den USA etabliert hat. Vielleicht nicht zuletzt aufgrund des relativ hohen Sicherheitsempfindens der Bevölkerung in vielen Schweizer Städten, wie regelmässig aus Befragungen hervorgeht und auch das Beispiel Uster exemplarisch aufzeigt.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Die Stadtpolizei weiss, wo sie präsent sein muss»


Barbara Thalmann
Stadtpräsidentin von Uster

Barbara Thalmann (SP) ist seit 2018 Stadtpräsidentin von Uster. 2006 wurde sie in den Stadtrat gewählt und übernahm die Sozialabteilung. Zuvor war sie acht Jahre im Gemeinderat tätig und dabei hauptsächlich in den Dossiers Planung, Bau, Kultur und Bildung aktiv. Barbara Thalmann studierte an der ETH Zürich Architektur und führte rund 20 Jahre lang ein eigenes Architekturbüro. Die 54-Jährige ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder.

Die Stadt Uster führt bereits seit elf Jahren Befragungen zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch. Hat sich dieses über die Jahre verändert?

Das Sicherheitsgefühl konnte in den letzten Jahren insbesondere in der Nacht markant gesteigert werden: Von 60 Prozent im Jahr 2009 bis auf 82 Prozent im Jahr 2015. Das sind direkte Auswirkungen der Ausdehnungen der Arbeitszeiten der Stadtpolizei, die in den Quartieren physisch präsent ist.

Die vierte und letzte Befragung fand im August statt. Wie wertet die Stadt die Ergebnisse nun aus?

Die Umfrage erfolgt in Zusammenarbeit mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die auch die Auswertung vornimmt. Damit werden die wissenschaftliche Korrektheit, aber auch die Unabhängigkeit sowie der Datenschutz gewährleistet. Die Ergebnisse werden besprochen und interpretiert sowie mit den objektiven Zahlen und den Erfahrungen der Stadtpolizei abgeglichen. Bei Bedarf werden Massnahmen für den Alltag abgeleitet.

Welche konkreten Massnahmen hat die Stadt Uster aufgrund der Erkenntnisse von früheren Befragungen umgesetzt?

Beispielsweise wurde ein Jugenddienst aufgebaut und die Präsenzzeiten in der Nacht wurden ausgedehnt. Die Stadtpolizei weiss, wo sie präsent sein muss. Der Jugenddienst

kennt seine Klientinnen und Klienten und spricht diese bei Bedarf auch direkt an.

Die Ustermer Polizei geht auch neue Wege: So ist beispielsweise eine Instagram-Polizistin im Einsatz. Wie sind die Reaktionen auf den «InstaCop»?

Die Stadtpolizei ist auf Instagram, Twitter und Facebook aktiv. Die Social-Media-Kanäle sind ein zusätzliches Kommunikationsmittel, um den Dialog mit der Bevölkerung weiter zu fördern. Das Projekt «InstaCop» wurde ins Leben gerufen, um die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen besser zu erreichen. I-Cop Nadia Placereani postet auf ihrem Instagram-Profil Einsätze aus dem Frontgeschehen sowie jugendbezogene präventive Themen. Dabei gibt sie persönliche Einblicke in ihre Arbeit als Stadtpolizistin und steht der Bevölkerung für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Basierend auf dem Verständnis, dass in den Social Media virtueller Lebensraum entsteht, patrouilliert sie (auch) online und nimmt am Dialog der Community teil. Die Reaktionen fallen äusserst positiv aus: Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, dass sich die digitale und die physische Präsenz gut miteinander verbinden lassen und die erstrebte Wirkung erzielen.

Inwiefern war und ist die Stadtpolizei in der Corona-Pandemie gefordert?

Die Stadtpolizei musste die zahlreichen Vorgaben von Bund und Kanton jeweils vollziehen – mit teils äusserst geringer Vorlaufzeit. Dabei

ging es beispielsweise um Personenbegrenzungen bei Veranstaltungen, diverse Auflagen in der Gastronomie oder für Märkte sowie Beratungen beim Erstellen von Schutzkonzepten. Das bedeutete einen erheblichen Mehraufwand. Wenn immer möglich wurden Konzepte erarbeitet, die eine Durchführung von Veranstaltungen zuliesse, etwa beim Open Air Kino, beim Uster Triathlon und beim Greifenseelauf. Mich persönlich freut es, dass Uster als Stadt wahrgenommen wird, die Veranstaltungen auch unter erschwerten Rahmenbedingungen zu ermöglichen versucht.

Wie sieht Uster in 20 Jahren aus?

Uster wird ein lebendiges regionales Zentrum im Grossraum Zürich sein mit den Vorzügen der Nähe: der Nähe zur Stadt Zürich, der Nähe zu schönen Landschaften wie dem Zürcher Oberland, den Seen und dem Wald. Die attraktive Innenstadt floriert, die Wohnquartiere bieten vielen Menschen ein Zuhause. In der Stadt wird eine umweltfreundliche Mobilität gelebt, der öffentliche Raum lädt zu Begegnungen zwischen Jung und Alt ein, auch an den traditionsreichen und vielfältigen Märkten. In Uster fühlen sich die Menschen sicher – im sozialen, ökonomischen, rechtlichen, politischen oder kulturellen Sinn.

Die Ergebnisse der jüngsten Sicherheitsbefragung werden Ende Jahr publiziert. Den letzten Schlussbericht finden Sie unter:

www.uster.ch/publikationen/87950

THEMA

Urbane Sicherheit aktiv gestalten

Sicherheit und Ästhetik bzw. Aufenthaltsqualität scheinen sich auf den ersten Blick zu widersprechen. Das muss aber nicht sein. Die «städtebauliche Kriminalprävention» führt zu Sicherheit – messbarer und gefühlter – durch eine geeignete Gestaltung der Umwelt. Erfolgreich ist der Ansatz vor allem dann, wenn er partizipativ ist.



Sichere Städte sind lebenswerte Städte – zu diesem Schluss kam 2013 die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» des Schweizerischen Städteverbandes unter Beteiligung von 33 Städten. Aber wie lässt sich das gewünschte Mass an Sicherheit erreichen? Die Studie empfahl dazu sechs Strategien, darunter «Sichere Städte planen, bauen, steuern». Eine wichtige Massnahme dieser Strategie: die städtebauliche Kriminalprävention.

«Das Ziel der städtebaulichen Kriminalprävention: Tatgelegenheit verringern, damit potenzielle Täter davon absehen, ihr Delikt – vom Vandalenakt über Raub bis zum Terrorangriff – zu begehen.»

Städtebauliche Kriminalprävention? Noch nie gehört? Das verwundert nicht. Der Ansatz hat seine Wurzeln in den USA, dort unter «Crime Prevention Through Environmental Design», kurz CPTED, bekannt. Sein Ziel: Tatgelegenheit verringern, damit potenzielle Täter davon absehen, ihr Delikt – vom Vandalenakt über Raub bis hin zum Terrorangriff – zu begehen. Dies gilt es durch die Gestaltung der Umwelt zu erreichen. Dazu gehören beispielsweise das richtige Beschneiden von Bäumen und Büschen, die richtige Wahl und Anordnung von Mobiliar im öffentlichen Raum, das gezielte Beleben von Plätzen und Strassen oder die richtige Beleuchtung.

Dieser umfassende Ansatz ist in der Schweiz noch nicht weit verbreitet. Es gibt zwar verschiedene Angebote, beispielsweise um Liegenschaften gegen Einbruch zu

schützen.¹⁾ Aber das oben skizzierte integrale Verständnis städtebaulicher Kriminalprävention ist bei uns heute immer noch wenig präsent.

Dabei ist klar: Städtebauliche Kriminalprävention wirkt. Und sie wirkt nicht nur in den USA, auch in vielen europäischen Ländern gibt es etablierte Programme: «Secured by Design» in Grossbritannien beispielsweise oder «Zuhause sicher» in Deutschland. Und was auch klar ist: Kriminalprävention spart Geld. Es ist immer günstiger, Delikte zu vermeiden, als diese später zu verfolgen und Schäden zu beseitigen.

«Dieses konstruktive Miteinander führt auch insgesamt zu mehr Verständnis für das facettenreiche Thema urbaner Sicherheit.»

Eine wichtige Zutat im Erfolgsrezept der städtebaulichen Kriminalprävention ist Partizipation. Sie braucht es, um «massgeschneiderte» Massnahmen für das gewünschte Mass an Sicherheit zu identifizieren. Nicht selten sprechen beispielsweise Architekten und Planerinnen nicht die Sprache der Polizei – und andersrum. Gelingt es aber, diese Gruppen und ergänzend auch noch andere Akteurinnen, beispielsweise des Gewerbes, des Facility Managements oder auch Raum-

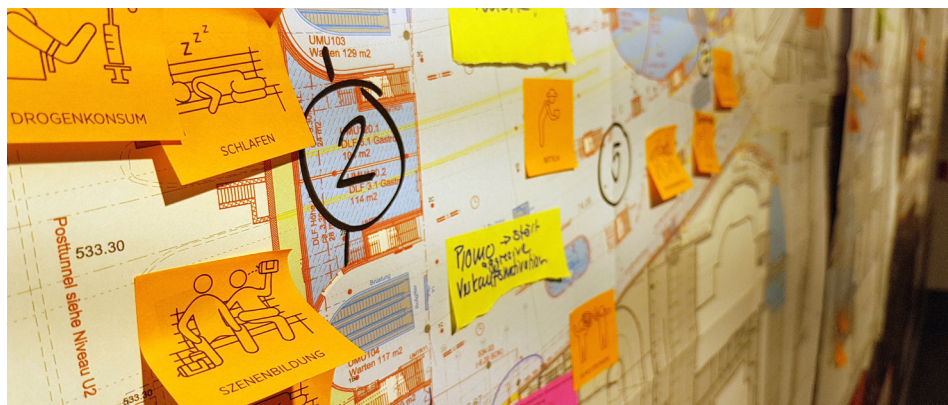
nutzende gemeinsam an einen Tisch zu bringen, entstehen nicht nur gute Ideen, um Tatgelegenheiten zu verhindern. Dieses konstruktive Miteinander führt auch insgesamt zu mehr Verständnis für das facettenreiche Thema urbaner Sicherheit.

Im Idealfall fliessen kriminalpräventive Überlegungen schon in der Planungsphase ein, sodass sich sicherheitsrelevante «Schwachstellen» von den Planungsteams noch vor Baubeginn beseitigen lassen. Wir von EBP konnten unsere Expertise beispielsweise beim Aeschbachquartier in Aarau, beim Neubau des Bahnhofs Bern oder beim Aussenraum des in Zürich geplanten neuen Hardturmstadions einfließen lassen. Aber für städtebauliche Kriminalprävention ist es nie zu spät – auch bei Gebäuden und öffentlichen Räumen im Bestand nicht. Hier konnten wir beispielsweise die Verantwortlichen mehrerer Bahnhöfe von Yverdon-les-Bains über Biel, Winterthur bis Wil kriminalpräventiv beraten.

Wir sind überzeugt: Die Strategie «Sichere Städte planen, bauen, steuern» gilt noch immer. Städtebauliche Kriminalprävention hat in diesem Kontext das Potenzial, einen künftig noch deutlich grösseren Beitrag zu sicheren und damit lebenswerten Schweizer Städten zu leisten. Nutzen wir dieses Potenzial!

Zu den Autoren: Lilian Blaser und Tillmann Schulze arbeiten bei der EBP Schweiz AG in Zürich. Gemeinsam haben sie den Bereich «Urbane Sicherheit» aufgebaut. www.ebp.ch

¹⁾ Z. B. www.sicheres-wohnen-schweiz.ch



Kriminalpräventive Analyse des neuen Bahnhofs Bern (Bild: EBP)

POLITIK

Rückblick auf die Herbstsession

Die eidgenössischen Räte verabschiedeten in der Herbstsession mehrere Gesetze zur Bewältigung der Corona-Krise. Erfreulich ist dabei aus Sicht des Schweizerischen Städteverbandes insbesondere die finanzielle Unterstützung des Ortsverkehrs.

Finanzielle Hilfe für den Ortsverkehr

In der Vorlage zum öffentlichen Verkehr fehlte zunächst der stark von den Corona-Massnahmen des Bundes betroffene Ortsverkehr. Dies wurde vom Parlament jedoch korrigiert. Auch der Schweizerische Städteverband hatte sich vehement für diese Änderung eingesetzt. Das per Dringlichkeitsklausel verabschiedete Gesetz sieht vor, den öffentlichen Verkehr bis Ende 2021 mit 900 Millionen Franken zu unterstützen. Anspruchsberechtigt sind der Güterverkehr, die Bahninfrastruktur, touristische Angebote, der regionale Personenverkehr sowie der Ortsverkehr.

Covid-19-Gesetz: Kein Einbezug der Städte

Nachdem ein Einbezug der Städte und Gemeinden bei der Verabschiedung von neuen Corona-Massnahmen im Nationalrat zunächst eine klare Mehrheit gefunden hatte, wurde ein solcher im Ständerat abgelehnt. In der Folge fiel diese Bestimmung aus dem Gesetzesentwurf. Mit dem Covid-19-Gesetz werden jedoch auch zahlreiche Entschädigungen für Arbeitnehmende und Unternehmen geregelt, die

der Schweizerische Städteverband begrüsst. Mit der Verabschiedung per Dringlichkeitsklausel wurden die vom Bundesrat seit dem Frühling veranlassten Corona-Notverordnungen nun in ordentliches Recht überführt.

CO₂-Gesetz unter Dach und Fach

Nach dreijähriger Beratung hat das Parlament die letzten Differenzen beim CO₂-Gesetz ausgeräumt. Die Schweiz verpflichtet sich, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. 75 Prozent der CO₂-Reduktionen müssen im Inland erfolgen. Zudem beschloss das Parlament verschiedene Lenkungsmaßnahmen, die in einen Klimafonds fließen und der Schweizer Bevölkerung zurückerstattet werden. Eingesetzt werden soll das Geld beispielsweise zur Weiterführung des Gebäudeprogramms für energetische Sanierungen und Ersatzneubauten sowie für Massnahmen wie Fernwärmeanschlüsse, erneuerbare Heizsysteme, Ladestationen in Gebäuden und Einspeisung von erneuerbarem Gas. Das Referendum wurde jedoch bereits angekündigt, weshalb davon auszugehen ist, dass das neue Gesetz noch der Stimmbevölkerung vorgelegt werden muss.

Förderung der Kultur

National- und Ständerat haben sich bei der Kulturbotschaft 2021-2024 geeinigt. Die bisherige Kulturpolitik des Bundes wird weitergeführt, wobei zusätzliche Mittel bewilligt

wurden. Der Schweizerische Städteverband begrüsst diese Erhöhung der Bundesbeiträge an die Kultur, die nun 957 Millionen Franken für die Jahre 2021-2024 betragen. Verschoben wurde die Diskussion über die Lex Netflix, die Investitionen ausländischer Streamingdienste ins einheimische Filmschaffen verlangt.

Legislaturplanung 2019-2023

Das Parlament hat in der Herbstsession die Legislaturplanung 2019-2023 verabschiedet und beschlossen, dass bei allen Zielen die politischen Lehren aus der Corona-Pandemie mit einfließen müssen. Neben diesen neuen Bestimmungen sollen in der laufenden Legislatur die Digitalisierung und der Klimaschutz mehr Gewicht erhalten.

Sondersession des Nationalrats

Nach der Session ist bereits vor der nächsten Session: Am 29. und 30. Oktober steht eine Sondersession des Nationalrats an, in der die grosse Kammer ein weiteres städterelevantes Covid-Geschäft berät. Das Covid-19-Geschäftsmietengesetz soll die Aufteilung des Mietzinses zwischen Mietendem und Vermietendem während der Periode der vom Bund angeordneten Schliessung oder Einschränkung der Geschäfte regeln. Das Gesetz bildet aus Sicht des Schweizerischen Städteverbandes einen willkommenen Kompromiss zwischen freiwilligen Lösungen und einer zu grossen Belastung der Vermietenden.

Vernehmlassungen

PostFinance: Aufhebung des Kreditverbots wird mehrheitlich begrüsst

Die Mitglieder des Städteverbandes begrüssen mehrheitlich die Aufhebung des Kredit- und Hypothekerverbotes für die PostFinance. Indem der PostFinance der Einstieg in das Kredit- und Hypothekengeschäft ermöglicht wird, verbessern sich mit Blick auf die lang anhaltende Tiefzinsphase die Erfolgsperspektiven der Bank. Mit dem Zugang zum Hypothekar- und Kreditmarkt könnte zudem der Service public für die Zukunft gestärkt werden, ohne dass das regulatorische Umfeld und die Tarife der Post angepasst werden müssen. Die Städte begrüssen zudem ausdrücklich, dass der Bundesrat im Rahmen

der strategischen Steuerung der Post (Corporate Governance) der PostFinance Vorgaben machen kann, bei der Vergabe von Krediten und Hypotheken die Klimaziele des Bundes zu berücksichtigen.

Verordnung zum Covid-19-Gesetz im Kulturbereich

Der Städteverband und die Städtekonferenz Kultur (SKK) begrüssen ausdrücklich, dass die Kantone im Rahmen ihres kulturpolitischen Ermessens die Möglichkeit haben, den Geltungsbereich der Verordnung wie bisher entweder enger oder neu auch weiter zu fassen. Sowohl eine Ausweitung auf Bildungsstätten im künstlerischen Bereich wie auch auf die Bücherproduktion und den

Buchvertrieb sind wünschenswert. Das zusätzliche Anreizsystem, Transformationsprojekte zu unterstützen, um auf die neuen Verhältnisse reagieren zu können, wird ebenfalls positiv bewertet. Die Beschränkung auf Nothilfe für Kulturschaffende stellt den grössten Mangel in der neuen Verordnung dar. Das steuerbare Einkommen ausschliesslich des vorangehenden Jahres als Berechnungsgrundlage erachten Städteverband und SKK als problematisch: Hier wäre eine längere Frist wünschenswert.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Nachhaltigkeit im Finanzmanagement der Städte – ein Beitrag der KSFD



Nachhaltige Anlageprodukte gewinnen in den Städten an Bedeutung. Mehrere städtische Pensionskassen verfolgen bereits seit einigen Jahren eine nachhaltige Anlagestrategie. Aber auch in anderen Bereichen der städtischen Finanzpolitik spielen Nachhaltigkeitsaspekte eine immer wichtigere Rolle – etwa beim städtischen Immobilienmanagement oder bei öffentlichen Beschaffungen. Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD) hat deshalb beim Verband «Swiss Sustainable Finance» den Bericht «Nachhaltiges Finanzmanagement für Städte» in Auftrag gegeben. Dieser zeigt auf, wo Schweizer Städte ansetzen und Nachhaltigkeit in ihr Finanzmanagement integrieren können. Dabei bietet er insbesondere auch eine Auslegetabelle für kleinere Städte.

www.ksfd.ch

Verlängerung der Tageskarte Gemeinde um weitere drei Jahre



Die Tariflandschaft des öffentlichen Verkehrs hat sich verändert und ist immer stärker von Sparangeboten geprägt. Diese Produkte stehen auch in Konkurrenz zur Tageskarte Gemeinde. Verkaufsrückgänge und zunehmende Schwierigkeiten, die Kosten für den Vertrieb der Tageskarte Gemeinde zu decken, haben den Schweizerischen Städteverband und den Schweizerischen Gemeindeverband dazu bewogen, Gespräche mit den SBB bzw. der Alliance SwissPass aufzunehmen. Dabei wurden verschiedene Möglichkeiten einer Weiterentwicklung des Angebots diskutiert und seine Digitalisierung geprüft. Die Entwicklung eines digitalen Tools für alle Gemeinden wäre angesichts der zahlreichen und unterschiedlichen Schnittstellen und IT-Lösungen nur mit einem unverhältnismässig grossen finanziellen und personellen Aufwand realisierbar gewesen. Die Vorstände der Kommunalverbände und die ÖV-Branche einigten sich deshalb darauf, dass die Tageskarte Gemeinde in der heutigen Form noch bis Ende 2023 bestehen bleibt. Bestellungen der Tageskarten-Sets durch die Gemeinden und Städte sind bis im Dezember 2022 möglich. Ab 2024 sollen die Gemeinden und Städte von einem neuen Angebot profitieren.

Das Netzwerk Lebendige Quartiere gibt Einblicke in die Arbeit vor Ort



Das Netzwerk Lebendige Quartiere (NLQ) war zu Besuch in Suhr und in Lausanne. Mit dem neuen Format «NLQ vor Ort» gibt das Netzwerk einen Einblick in die Arbeit vor Ort und fördert den Austausch zwischen Fachpersonen. Mit dem Pilotprojekt «Quartierentwicklung» nimmt die Gemeinde Suhr die Herausforderungen der modernen und heterogenen Gesellschaft an, einerseits eine hohe Lebensqualität für die Bewohnenden zu gewährleisten und andererseits die Attraktivität des Standortes zu sichern. Nach einem geführten Rundgang durch Suhr Süd diskutierten die Teilnehmenden in Gruppen über ihre Erfahrungen bei der Quartierentwicklung. Im Mittelpunkt standen die Themen Vernetzung, Vermittlung und Verstärkung in der Quartierarbeit.

Die Veranstaltung in Lausanne widmete sich der lokalen Demokratie. Mit einer aktiven Quartierpolitik gibt die Stadt ihren Bewohnenden eine Stimme und fördert ihre Beteiligung, so etwa mit dem «budget participatif», dem «conseil des jeunes» oder den «contrats de quartier». Zusammenfassungen der Veranstaltungen sind auf der Webseite des Netzwerks zu finden.

www.lebendige-quartiere.ch

Städtische Handlungsspielräume für klimafreundliche Mobilität



Ambitionierte Klimaziele sind zu fixen Bestandteilen städtischer Politiken geworden. Dem Verkehr kommt dabei eine grosse Bedeutung zu. Am 23. November präsentiert die Städtekonferenz Mobilität an ihrem Herbstforum in Aarau die Ergebnisse einer Studie, in der sie konkrete städtische Handlungsfelder für eine klimafreundliche Mobilität ermittelt, Massnahmen herausgearbeitet und deren Wirkungen grob abgeschätzt hat. Dieses neue Instrument unterstützt die Akteure dabei, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen. Zudem vermittelt die Städtekonferenz Mobilität an diesem Anlass auch ausgewählte Einblicke in die Klimaaspekte städtischer Mobilitätsstrategien und Mobilitätsaspekte städtischer Klimastrategien.

www.skm-cvm.ch

Kurzmeldungen

Preis: Biodiversität im Siedlungsraum

Im Frühling 2021 wird erstmals der «Binding Preis für Biodiversität» mit einer Preissumme von 100'000 Franken vergeben. Die Sophie und Karl Binding Stiftung will damit innovative, vorbildliche Projekte für Biodiversität im Siedlungsraum bekannt machen und andere motivieren, sich ebenfalls für biologische Vielfalt einzusetzen. Die Stiftung sucht Projektträgerschaften, die mit kreativen Lösungen Biodiversitätsförderung im Siedlungsraum mit grosser Wirkung realisiert haben. Die Projekteingabe dauert bis am 31. Januar 2021. Der Städteverband gehört zur Trägerschaft des Preises.

www.preis-biodiversitaet.ch

Fachtagung Grundkompetenzen

Am 6. November findet die Online-Veranstaltung «Digitale Inklusion im Zeitalter des E-Governments: Hindernisse und Perspektiven» statt. Im Zentrum steht die Frage, wie die Teilnahme der Bevölkerung und insbesondere benachteiligter Gruppen an der digitalen Transformation sichergestellt und gefördert werden kann. Dabei stehen Menschen mit unzureichenden Grundkompetenzen im Fokus.

www.kompetence.ch

Luzerner Management Forum

In einer Online-Veranstaltung widmet sich das 7. Luzerner Management Forum am 2. November dem Thema «Führen in Verwaltung und Politik mit und nach Corona: Im Dialog mit der Unsicherheit». Neben Kurzreferaten warten auch Online-Plenumsdiskussionen und ein Online-Netzungsapéro auf die Teilnehmenden.

www.hslu.ch/lmf

Road to Bern - Veranstaltungsreihe

Im Rahmen des Rendez-vous Bundesplatz «Planet Hope» organisiert das Bundesamt für Statistik BFS eine Reihe von Anlässen zur nachhaltigen Entwicklung und zur Umsetzung der Agenda 2030. Das BFS und seine Partner laden vom 22. Oktober bis 19. November in der Berner Kantonalbank, auf dem Bundesplatz und weiteren Orten zum Austausch mit Experten ein.

www.roadtobern.swiss

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

26.-27. August 2021 **Städtetag 2021** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

3. November 2020 **Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere «Das richtige Mass für eine nachhaltige Entwicklung: Suffizienz im Quartier fördern»** in Bern
Information: Dominic Blumenthal, Telefon 031 356 32 32, netzwerk@lebendige-quartiere.ch

13. November 2020 **Städteinitiative Sozialpolitik - Herbstkonferenz «Wie Städte Integration leben lernen»** in Uster
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

23. November 2020 **Herbstforum der Städtekonferenz Mobilität «Städtische Handlungsspielräume für klimafreundliche Mobilität»** in Aarau
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch

Weitere Organisationen

19. Oktober 2020 **Kinderfreundliche Lebensräume (be)greifen** in Solothurn
Information: www.vssg.ch

20. Oktober 2020 **Informationsveranstaltung ÖREB-Kataster 2020** in Bern
Information: www.cadastre.ch

21. Oktober 2020 **12. Plenartagung Städte- und Gemeindeinformatik der SIK «Plötzlich digital – Erfahrungen aus der Corona-Krise»** Online (Patronat: SSV)
Information: www.sik.swiss.ch

27.-28. Oktober 2020 **Partizipative Prozesse erfolgreich gestalten** in Winterthur und Lichtensteig (Patronat: SSV)
Information: www.sanu.ch

2. November 2020 **Luzerner Management Forum für die öffentliche Verwaltung** Online (Patronat: SSV)
Information: www.hslu.ch

3. November 2020 **Tagung Umweltkommunikation** in Ittigen und Online (Patronat: SSV)
Information: Andrea.Loosli@bpuk.ch

5./9./12. November 2020 **Grenchner Wohntage 2020**
Informationen: www.bwo.admin.ch

6. November 2020 **Nationale Fachtagung Grundkompetenzen «Digitale Inklusion im Zeitalter des E-Governments: Hindernisse und Perspektiven»** - Online-Tagung
Information: www.kompetence.ch

18. November 2020 **Swiss Telecommunication Summit - 46. asut-Seminar** in Bern (Patronat: SSV)
Information: www.asut.ch

19. November 2020 **Öffentliche Beschaffung nachhaltig und rechtskonform gestalten** in Zürich (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Michael Felber, Martin Flügel, Marlene Iseli, Olivier Keller, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Paul Schneeberger;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seite 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch